

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle bei täglich zweifacher Ausgabe
für Dresden monatlich RM. 3,30, durch Postanstalt
RM. 3,50 monatlich, 40,00 RM. jährlich, ohne
Wahlzettelzuschlag bei halbjährlicher
Lieferung, Abgabe RM. 10,00, bei gleichzeitiger
Lieferung d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 16 RM.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/32, Fernruf 25 241. Postfach 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Hauptmannschaft Dresden und des Schiebsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagspreis 12. Monatsheft Nr. 6: Willkommensheft
(12 von 12) 11,50 RM. Nachhilfe nach Heft 1 u.
Bemerkungen u. Stellungnahme Willkommens-
heft 1 RM. Abgabe 10 RM. — Nachdruck
nur mit Genehmigung Dresdner Nachrichten.
Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sichere Barrikaden bei Oberwiesenthal

Betonmauern aus unbegründeter Angst oder Schikane?

Welpert (Böhmen), 4. November.

Längs der Grenze zwischen Welpert und Oberwiesenthal haben die tschechoslowakischen Behörden damit begonnen, alle Uebergänge zu verbarrikadieren. Die Zollstraßen werden mit einer hohen Betonmauer verengt, und der schmale freibleibende Raum wird außerdem mit einem starken Schlagbaum verriegelt. Vor den kleineren Grenzbrücken und an Wegübergängen werden im Zickzack Eisenträverren eingelassen, durch die sich künftig die Grenzpassanten durchwinden müssen.

Es ist also nicht mehr möglich, mit einem Hund oder Kinderwagen diese kleineren Uebergänge zu passieren. Auch schmale Waldwege werden künftig durch solche Betonhindernisse abgeriegelt. Es muß dabei allerdings verstanden werden, daß die Tschechoslowaken nicht, wie sie behaupten, diese Barrikaden selbst bezahlen müssen, sondern daß sie von deutscher Seite aus kein Grund für derartige Maßnahmen gegeben ist.

Sudetendeutsche Arbeitslosigkeit

Die tschechischen Behörden würden auf jeden Fall Klagen handeln, wenn sie ihr Augenmerk mehr auf die soziale Not ihres Landes richten würden. Es ist ersichtlich, wenn man den Bericht der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei vom Oktober liest. Danach belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 237 460 Personen gegen 295 602 im August dieses Jahres. Gegenüber September erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 6708 (2,9 v. H.). Wesentlich ist es dabei jedoch, zu wissen, daß es sich fast ausschließlich um Arbeits-

lose in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei handelt, um 90 Prozent also um Sudetendeutsche.

Über man feiert Moskau...

Aber man hat in Prag Geld, um „das 20jährige Bestehen der Sowjetrepublik“ mit Festmahl zu begehen. In den meisten Städten haben diese Veranstaltungen zur Verherrlichung der beiden Völkern eigentümlichen „Demokratie“ einen mehr oder weniger amtlichen, teilweise laut „Gesetz“ sogar staatlichen (!) Charakter.

Die Verherrlichungsfeierlichkeiten stehen jedoch teilweise auf dem Widerstand der Bevölkerung der Gebiete mit fremdem Volkstum, so auch in der großenteils von Ungarn und Slowaken bewohnten Stadt Kaschau. Die Kaschauer Kommunisten verlangten mit den übrigen Völkern, daß die Stadtgemeinde das Protektorat über die Veranstaltung eines „Monats russischer Kultur“ übernehme. Es sollten Vorträge, Rundfunkansprachen, Konzerte, Theaterveranstaltungen und Ähnliches im Rahmen dieses „Kulturmonats“ stattfinden. Jedoch hat diese Stadtgemeinde die Uebernahme des Protektorats energisch abgelehnt.

Viel, aber einseitig

Die Brüsseler Konferenz hat begonnen. In seiner Eröffnungsrede hat der Außenminister der zurückgetretenen belgischen Regierung, wie es nicht anders zu erwarten war, sehr laute Töne angeschlagen. Freierlich hat Spaak versichert, es sei keineswegs die Absicht dieser ansehnlichen Versammlung, etwa Japan vor eine Art Gerichtshof zu stellen. Aber den Krawohn, daß zum mindesten eine moralische Verteilung Japans beabsichtigt ist, wird die Konferenz nicht von sich abweisen können; schon allein deswegen nicht, weil sie ja ursprünglich mit ausgesprochener Spitze gegen Japan ins Leben gerufen wurde; und wenn auch kurz nach den Panamerikanischen Wahlen der Gedanke an Sanktionen und Boykottmaßnahmen wieder in der Beratsung verschwand, so bleibt doch bestehen, daß England, Amerika und Frankreich, also die Hauptbeteiligten, ausgesprochene Gegner der japanischen Expansionspolitik sind. Nachdem Japan die erste Einladung abgelehnt hat, soll jetzt erwogen werden, erneut an das Inselreich heranzutreten. Aber in Tokio dürfte man wohl auf dem Standpunkt beharren, daß Japan außerhalb der Konferenz stärker ist als innerhalb derselben. Nach außen hin ist zwar als Ziel von Brüssel proklamiert worden, man wolle ohne Voreingenommenheit und ohne Parteilichkeit ein Werk der Verständigung und des Friedens einleiten. Ein Waffenstillstand im Fernen Osten sei das erste, worauf man hinarbeite. Für die breite Öffentlichkeit macht sich der Gedanke sehr schön, den Kanonen die Mündungs-kappen wieder aufzusetzen. Die wirkliche Absicht von Amerika, England und Frankreich geht aber dahin, gemeinsam nach Wegen zu suchen, um ganz allgemein dem japanischen Ausdehnungsdrang einen Riegel vorzuschieben. Alle drei haben ausgesprochen starke Fernost-Interessen. Der Handel der Vereinigten Staaten in China beläuft sich jährlich auf Hunderte von Millionen Mark. Nicht viel schwächer ist der englische. Milliarden von Anlagewerten sind in Gefahr, wenn Japan die Oberhand gewinnt; denn schon um die Kosten dieses Krieges wieder heranzubringen, wird Japan nach dessen Abschluß gezwungen sein, noch nachdrücklicher als bisher die Kleinherrschaft auf dem ostasiatischen Markte anzuknüpfen. Weht der Feldzug für das Inselreich allmählich aus, so fällt die „offene Tür“ in China endgültig krachend ins Schloß.

Auch Frankreichs Wirtschaftsinteressen sind erheblich. Man braucht nur an den Umfang der französischen Niederlassung in Shanghai zu erinnern, um sie zu kennzeichnen. Außerdem fürchtet Frankreich für seinen großen Kolonialbesitz in Ostasien, für Indochina. Eine fast mystische Furcht vor dem japanischen Expansionsdrang spukt in französischen Köpfen. Die Japaner sind des Teufels, man traut ihnen gefährliche Fernziele zu. Aus allen diesen Gründen ist es nicht so, daß man sich in Brüssel nicht eingehend und ausgiebig mit den Fragen des Fernen Ostens beschäftigen würde. Allerdings wird man der Öffentlichkeit nicht preisgeben, was die Vertreter von Washington, London und Paris unter sich vereinbaren. Nach außen hin kann die Konferenz leicht ausgedehnt wie das Hornberger Schießen, aber hinter den Kulissen doch zu Abmachungen führen, die keineswegs belanglos sind. Das sovietsche andere Staaten an der Konferenz teilnehmen — indogalant sind es neunzehn —, kann dabei den Hauptakteuren nur willkommen sein, denn es erleichtert die Tarnung der eigenen Hegemoniepolitik.

Welche Politik England auf der Brüsseler Konferenz zu betreiben gedenkt, hat Außenminister Eden in seiner letzten Rede umrissen. Er brauchte starke Worte der Freundschaft zu Amerika. „Wir werden so weit gehen wie die Vereinigten Staaten, in voller Uebereinstimmung mit ihnen handeln, werden nicht vorpreschen und nicht dahinter zurückbleiben.“ So hieß es an einer Stelle. Bezeichnender noch war die Antwort, die ein Abgeordneter erhielt, der auf den Völkerbund als Instanz zur Behandlung des Fernoststreites hinwies. Eden sagte, daß von sieben Großmächten nur drei wirkliche Mitglieder des Völkerbundes sind, womit er England, Frankreich und Sowjetrußland meinte, und fuhr fort: „Ich würde nicht nur von Wenz nach Brüssel, sondern selbst von Australien nach Alaska reisen, um die volle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auf einer Konferenz zu erreichen.“

Allerdings ist Eden ein geriffener Fuchs. Die Schmeldeisen für Washington schieden nämlich gleichzeitig den Vereinigten Staaten die Hauptlast der Verantwortung zu,

Roter Menschenmuggel in der Schweiz

Kommunistische Nationalräte verhaftet

Basel, 4. November.

Die Schweizerische Bundesanwaltschaft hat, jeweils unterstützt durch die zuständige Kantonalpolizei, in Basel, Zürich und der Ostschweiz bei einer Reihe von Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen umfangreiches Material beschlagnahmt wurde. Insbesondere wurde auch eine kommunistische Organisation angefaßt, die Menschenmuggel zugunsten der Valencien-Vollschwestern betrieb. Eine Reihe führender Kommunisten wurde verhaftet.

Die Untersuchung wurde auch auf die Redaktionsräume der kommunistischen „Freiheit“ in Basel und auf das Exekutivorgan ausgedehnt. Nationalrat Bodenmann, der Baseler Großrat Meili, der Zürcher Parteiführer Schwarz sowie mehrere weitere Kommunisten wurden verhaftet. Von der „Freiheit“ wurde eine Reihe von Valencienmitgliedern ins Gefängnis abgeführt. Das beschlagnahmte Material, darunter auch viele Photographien, wird von der Bundesanwaltschaft einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Behauptung der kommunistischen „Freiheit“, daß diese umfangreiche Aktion dazu diene, die Feier des 20. Jahrestages des bolschewistischen Umsturzes in Rußland unmöglich zu machen, wird von den Behörden als unrichtig bezeichnet. Die Bundesanwaltschaft habe vielmehr große Verdähte gegen die Neutralitätsverordnung zum Spanien-Konflikt festgestellt, denn die Kommunisten unterhielten eine Organisation zur Anwerbung von Freiwilligen für das bolschewistische Spanien.

Die Festgenommenen bleiben in Ost, bis die Tatbestände geklärt sind. Im Zusammenhang mit den aus Brengens kommenden Berichten wonach von der österreichischen Sicherheitspolizei eine Reihe von Spanien-Fahrern vor dem Uebertritt auf Schweizer Gebiet festgenommen wurde, nannte man als Hauptverletzte der freiwilligen Vermittlungsfaktion für das rote Spanien eine gewisse Melanie Schwarz oder Melanie Ernst. Wie aus dem Bundeshaushalt mitgeteilt wird, ist diese schon vor über einem Monat gemäß Bundesratsbeschlüssen als kommunistische Agentin aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen worden.

Kommunistische Organisationen in Schwyz verboten

Nach dem Beispiel der Kantone von Nennens, Gené und Waadt hat nun auch der Kantonsrat des Kantons Schwyz mit allen gegen eine Stimme beschlossen, „alle kommunistischen und anderen staatsgefährlichen Organisationen“ zu verbieten.

Bei der Begründung des Antrags führte das freisinnige Mitglied Dr. Sidler aus, daß eine Organisation nicht unbedingt groß sein müsse, um wirken zu können. Es komme lediglich auf die finanziellen Mittel an, die den kommunistischen Organisationen in riesigen Mengen zur Verfügung ständen. Auch im roten Zürich wird von den bürgerlichen Parteien ein Verbot der kommunistischen Organisationen innerhalb des Kantons angestrebt.

Brüssel bietet Japan „gute Dienste“ an

Brüssel, 4. November.

Am Donnerstagvormittag verammelten sich im belgischen Außenministerium die in Brüssel anwesenden Vertreter der Signatarstaaten des Neunmächtevertrages, um das Verlaßren für die nächststehende Sitzung der Konferenz am Nachmittag vorzubereiten. An der Besprechung nahm auch der Vertreter Sowjetrußlands teil. Dagegen war China als Partei im Konflikt nicht dazu eingeladen worden. Außenminister Spaak berichtete über die japanische Antwort auf die Einladung zur Brüsseler Konferenz. Er hob hervor, daß Japan an sich das Fortbestehen des Neunmächtevertrages anerkenne, daß es aber die gegenwärtige Konferenz ablehne, weil sie eine Veranstaltung des Völkerbundes und außerdem zu umfangreich sei. Spaak hielt eine Stellungnahme der Konferenz zu diesen beiden Punkten für erforderlich.

Da sich ergab, daß keiner der anwesenden Delegierten eine individuelle Verantwortung für einen Schritt der japanischen Regierung übernehmen wollte, wurde grundsätzlich beschlossen, die Antwort an Japan von einem engeren Ausschuss der Konferenz erziehen zu lassen. Der italienische Delegierte kam auf seinen Vorschlag einer Vermittlungsfaktion zurück, die das Ziel haben sollte, China und Japan wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Einer derartigen Aktion widersprach der amerikanische Vertreter Norman Davis

energisch; er wurde darin von Eden und Delbos unterstützt. Delbos erklärte sich jedoch bereit, einem „Angebot der guten Dienste“ an die beiden Parteien zuzustimmen, worauf man sich dann auch einigte.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann am Nachmittag beschlossen, an die japanische Regierung eine Mitteilung zu richten, in der auf die japanische Note vom 27. Oktober geantwortet wird und die „guten Dienste“ der Konferenz für eine Vermittlung im Sinesisch-japanischen Konflikt angeboten werden.

Die Ausarbeitung dieser Mitteilung wurde einem Redaktionsausschuss übertragen, der am 18. Uhr mittlereuropäischer Zeit der Konferenz einen Entwurf vorlegen sollte. Inzwischen wurden die Hauptdelegierten vom König der Belgier in Audienz empfangen. Die für 18 Uhr anberaumte neue Sitzung der Vollkonferenz, in der die Note an Japan endgültig gebilligt werden sollte, ist aber schließlich auf Freitag vormittag verschoben worden. Wie es heißt, konnte noch keine Einigung über die Zusammenfassung der Konferenz-ausschüsse, der die Angelegenheit weiterbehandeln soll, erzielt werden. Unter diesen Umständen rechnet man damit, daß der französische Außenminister Delbos, der ursprünglich am Freitagvormittag abreisen wollte, seine Abreise verschoben wird.

Heute:

Der **D. N.** Kraftfahrer
Seite 8